

## **Demokratische Resilienz**

Unter demokratischer Resilienz verstehen wir die Fähigkeit eines Gemeinwesens, in gesellschaftlichen und politischen Krisensituationen sowie in Transformationsprozessen immer wieder zu einer von der Mehrheit der Bevölkerung getragenen Akzeptanz von Demokratie als Gesellschafts-, Staats- und Lebensform zu gelangen und dies in einem die Grundwerte einer pluralistischen Gesellschaft verteidigenden Sinne.

Unser Verständnis von **Demokratie** geht dabei weit über das einer parlamentarisch repräsentativen Herrschaftsform auf den unterschiedlichen staatlichen Ebenen aus. Sie bleibt zentral macht aber nur eine Dimension eines demokratischen Gemeinwesens aus. Demokratie bietet prinzipiell allen Bürger\*innen Mitentscheidungs-, Mitwirkungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten in ihrem Gemeinwesen und ist auf die Identifikation der Bürger\*innen mit diesem angewiesen. Demokratie stellt sowohl individuell als auch kollektiv eine Lebensform dar, die sich in ihren institutionellen Ausprägungen immer wieder neu bewähren muss. Dazu gehört auch die Nutzung verschiedener Spielarten und Formen der Demokratie mit dem Ziel, möglichst viele Bürger\*innen zu aktiven Mitgestalter\*innen des Gemeinwesens zu machen<sup>1</sup>.

Unter **Resilienz** verstehen wir die Fähigkeit, Veränderungen und Krisen zu bestehen und auch unter veränderten Bedingungen zu Formen der Stabilität zu gelangen. Resilienz ist nicht nur, wie aus der Pädagogik bekannt, die Fähigkeit von Personen, Krisensituationen und Stress zu überstehen, sondern auch ein Begriff, der für Regionen und Kommunen Verwendung findet, und hier in besonderer Weise die Anpassungsfähigkeit an neue Umweltbedingungen beschreibt und die Fähigkeit, Zukunft zu antizipieren und sich gestaltend auf sie einzustellen.

Zu den **Voraussetzungen für demokratische Resilienz von Gemeinwesen** auf kommunaler Ebene zählen eine von Vertrauen geprägte Beziehungskultur innerhalb der Bürgerschaft, sowie zwischen Kommunen und Bürger\*innen und der Zivilgesellschaft. Geschlossene Subkulturen, von Hartmut Rosa „Echokammern“ genannt<sup>2</sup>, gefährden potentiell die Integrationsfähigkeit von Gemeinwesen und den sozialen Zusammenhalt und damit auch die demokratische Resilienz. Insofern ist eine Voraussetzung die Öffnung von „Echokammern“, aber auch die Konfliktbereitschaft in der Bürgerschaft und das Aushalten und Aushandeln unterschiedlicher Meinungen, Positionen und religiöser

---

<sup>1</sup> vgl. Lessenich, Stephan (2019): Grenzen der Demokratie: Teilhabe als Verteilungsproblem. Ditzingen: Reclam Verlag.

<sup>2</sup> Vgl. Rosa, Hartmut (2017): Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung. Berlin. Suhrkamp.

Überzeugungen. Die notwendige Pluralität und Toleranz muss aber einhergehen mit einer Kompromisslosigkeit gegenüber menschen- und demokratiefeindlichen Tendenzen: Zu den gesellschaftlichen und anthropologischen Voraussetzungen eines demokratischen Gemeinwesens gehört der Schutz von Menschen- und Grundrechten und die Bejahung der Demokratie als Gesellschaftsform.

Demokratische Resilienz kennt **Bedrohungen** und ist aktuell in besonderer Weise **Herausforderungen** ausgesetzt.

- Der *demografische Wandel* stellt vielerorts, insbesondere im ländlichen Raum, ein gleiches Niveau der Daseinsvorsorge als Bedingung guten Lebens in Frage und verlangt so nach neuen Antworten auf die Gewährleistung einer ausreichenden Daseinsvorsorge.
- Die zunehmende *Kommerzialisierung und Entstaatlichung öffentlicher Aufgaben* vom Gesundheitswesen über die Pflege, von der Gewährleistung ausreichenden Wohnraums bis zur Mobilitätssicherung stellt sich insbesondere für strukturschwache Regionen als Bedrohung einer ausreichenden Daseinsvorsorge dar und ist, wie die aktuellen Krisen zeigen, nicht geeignet, gleichwertige Lebensbedingungen in allen Teilen Deutschlands zu erhalten und auf traumatische Krisen vorbereitet zu sein.
- Eine reine Wachstums- und auf Effizienz hin ausgelegte *Steigerungslogik*, gebunden an die Figur des Bruttoinlandsproduktes, ist nicht geeignet, die künftigen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Gesellschaft im Sinne einer Fundamentalökonomie die Voraussetzungen zum Leben und damit auch der Wirtschaft für ihre Produktivität bewahrt<sup>3</sup>.
- Die *Zunahme sozialer Ungleichheit*, insbesondere auf der Vermögensebene<sup>4</sup>, und regionaler Unterschiede in den jeweils geltenden Strukturbedingungen stellen die demokratische Integration als Voraussetzung für demokratische Resilienz in Frage.
- Hinzu kommt die zunehmende *Komplexität von Problemkonstellationen* in Zeiten der Globalisierung, in der Bürger\*innen immer mehr die Erfahrung machen, dass sie weder vor Ort noch auf nationalstaatlicher Ebene Einfluss auf die ihr Leben mitbestimmenden Dynamiken weltwirtschaftlicher Art nehmen können.
- Die aktuelle Corona-Pandemie gefährdet grundlegend die soziale, demokratische und wirtschaftliche Stabilität unseres Gemeinwesens und macht gleichzeitig deutlich, wie wichtig die regionale und nationale Handlungsfähigkeit ist.

---

<sup>3</sup> Froud, J; Moran, M; Johal, S.; Salento, A; Williams, K (2019) Die Ökonomie des Alltagslebens. Für eine neue Infrastrukturpolitik, Frankfurt: Suhrkamp Verlag

<sup>4</sup> Diese und andere Ungleichheiten beschreibt Lessenich in seinem Essay "Grenzen der Demokratie: Teilhabe als Verteilungsproblem" als Abschottungsmechanismen, die viele Menschen vom demokratischen Prozess ausschließen. Außer Vermögensungleichheit nennt er Staatsbürgerschaft und Macht als Probleme der Demokratie. vgl. Lessenich, Stephan (2019): Grenzen der Demokratie: Teilhabe als Verteilungsproblem. Ditzingen: Reclam Verlag.

Um die demokratische Resilienz zu stärken, sind auf allen staatlichen Ebenen – besonders auf der örtlichen – Strategien und Maßnahmen erforderlich, die sowohl auf der Makro- als auch auf der Meso- und Mikroebene ansetzen. Eine stärkere Übertragung politischer Kompetenzen von örtlich zu regelnden Angelegenheiten auf die Kommunal- und Gemeindeebene gehören ebenso dazu, wie die Entwicklung einer kommunalen Governance. Diese stärkt das Zusammenwirken der unterschiedlichen gesellschaftlichen Sektoren – Staat/ Kommune, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Bürgerschaft – und schafft dafür im aristotelischen Sinne örtliche Räume der gemeinsamen Sorge für die Zukunft. Vielfältige Maßnahmen zur Demokratiebildung gehören zu den Bausteinen, um demokratische Resilienz stärken. Voraussetzung ist dabei eine Grundhaltung der Gelassenheit, die Diskurse auf Augenhöhe in einem Klima der Angstfreiheit und gegenseitiger Wertschätzung ermöglicht, verbunden mit der Leidenschaft, die Zukunftsfähigkeit eines Ortes zu sichern. Besonders relevant ist die Förderung von Kompetenzen der demokratischen Resilienz bei jungen Menschen, durch die Ermöglichung von glaubwürdigen Demokratieerfahrungen und die kompromisslose Vermittlung demokratischer Werte in einer Kultur der Anerkennung, in welcher der junge Mensch Selbstwirksamkeit erfährt<sup>5</sup>. Insofern ist die Sicherung demokratischer Resilienz auch immer von einzelnen Personen und Persönlichkeiten abhängig und auf die effektive Umsetzung in (Bildungs)-Einrichtungen angewiesen

Demokratie als Gesellschafts- und Staatsform ist nicht mehr selbstverständlich als die beste Form des Zusammenlebens anerkannt. Autokratische Deformierungen parlamentarischer Demokratien auf der ganzen Welt stellen eine lebendige und beteiligungsorientierte demokratische Gesellschaft infrage. So hat etwa die Ideologie sowie das Gesellschafts- und Staatsverständnis des politischen China, und damit verbunden die enorme wirtschaftliche Dynamik und Potenz, mit der Tradition einer pluralistischen Demokratie wenig bis nichts gemeinsam<sup>6</sup>. Umso wichtiger erscheint es, dass sich Bürger\*innen mit dem Thema „Demokratische Resilienz“ auf theoretischer und praktischer Ebene beschäftigen.

Studienprojekt: Demokratische Integration

Leitung Prof. Dr. habil Thomas Klie

Freiburg im Mai 2020

---

<sup>5</sup> Vgl. Edler, Kurt (2017): Demokratische Resilienz. Auf den Punkt gebracht. Schwalbach: Debus Pädagogik Verlag.

<sup>6</sup> Vgl. ZHAO Tingyang (2020) Alles unter dem Himmel. Vergangenheit und Zukunft der Weltordnung, Frankfurt: Suhrkamp Verlag